Beiträge an Gewerkschaften und andere Berufsverbände

1. Berufsauslagen / Gewinnungskosten

Zu den übrigen Berufskosten nach Art. 39 Abs. 1 Bst. c StG gehören nach herrschender Praxis auch Beiträge, die Unselbständigerwerbende an Gewerkschaften und andere Berufsverbände leisten, der sie als Mitglieder angehören (SGE 1995 Nr. 3). Derartige Aufwendungen stehen mit der Berufsausübung in unmittelbarem Zusammenhang. Auch ihre Notwendigkeit darf bei sachgemässer Beurteilung als ausgewiesen gelten; zumindest kann im Einzelfall dem Unselbständigerwerbenden ein Verzicht auf die Mitgliedschaft bei dem in Frage stehenden Berufsverband nicht zugemutet werden.

2. Abzugsfähigkeit

Die Abzugsfähigkeit von derartigen Beiträgen ergibt sich aus Art. 39 Abs. 1 Bst. c StG. Grundsätzlich gelten sie als mit der Pauschale (Art. 21 Abs. 1 StV) abgegolten. Ein Abzug der höheren effektiven Kosten ist möglich, sofern der Pflichtige diese im Einzelnen nachweist.

Bei Inanspruchnahme der Pauschale lässt es sich allerdings rechtfertigen, die Hälfte des Beitrags als Weiterbildungskosten im Sinne von Art. 45 Abs. 1 Bst. j StG zu anerkennen, sofern belegt oder glaubhaft gemacht ist, dass der fragliche Berufsverband in bedeutendem Mass auch Träger der beruflichen Weiterbildung ist (SGE 1995 Nr. 3).